

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Verkaufstag  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk.  
ohne Postbestellgebühr. Nur Post-  
bestellung. V. Stellung bei allen Postan-  
stalten. Geschäftsstelle Berlin S. 69,  
Urbanstr. 67. Fernr.: 8931 8658.

Einzelgengepreis  
Die vierteljährliche Beilage 50 Pf.;  
der Verbandsmittglieder 60 Pf.;  
Stellenangehörige 80 Pf.; Veramun-  
dungsangehörige 100 Pf. Der Ein-  
zelgengepreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 9.

Berlin, den 23. Februar 1919.

35. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

**1. Aufstellung in Leipzig.** Im Verfolg der bekannten Leipziger Vorgänge und im Einverständnis mit Kollegen Wienide haben Verbandsvorstand und Ausschuss beschlossen, Kollegen Wienide von seinem derzeitigen Posten in Leipzig abzuheben. Es macht sich deshalb eine Neuanstellung in Leipzig notwendig und bringen wir die Stellung hiermit zur Ausschreibung.

Der anzustellende Beamte hat das Amt des ersten Bevollmächtigten der Zahlstelle Leipzig zu bekleiden. Die Bewerber müssen die deutsche Sprache in Wort und Schrift einwandfrei beherrschen und mit der Agitation und dem in einer großen Zahlstelle sich ergebenden Verwaltungsarbeiten hinlänglich vertraut sein. Da dem Leipziger Bevollmächtigten neben den vorgedachten Arbeiten aber auch in hervorragendem Maße die Führung der mit dem Vierstädtevertrag zusammenhängenden Arbeiten zufallen, muß von den Bewerbern um die in Frage stehende Stellung auch ganz besonders genaue Kenntnis des Tarifs und Geschicklichkeit in der Führung von Verhandlungen mit den Arbeitgebern verlangt werden. Die Besetzung der Stelle müßte baldigt erfolgen.

Zugelassen als Bewerber sind alle Verbandsmitglieder, die dem Verbandsverbande mindestens 5 Jahre angehören und die oben verlangten Fähigkeiten besitzen.

Das Gehalt beträgt im ersten Jahre 3200 Mark und steigt in den ersten vier Jahren um je 150 Mk., in weiteren vier Jahren um je 100 Mk., bis zum Höchstbetrag von 4200 Mk. Außer dem Gehalt wird eine Ortszulage von monatlich 30 Mk. und bis auf weiteres eine Feuerungszulage von monatlich 80 Mk. gewährt. Beiträge zur Krankenkasse und zur Angestelltenversicherung werden vom Verband getragen. In ähnlicher Stellung oder sonst in der Arbeiterbewegung zurückgelegte Dienstjahre können angerechnet werden.

Bewerbungen bitten wir unter Beifügung eines Lebenslaufes und von Angaben über bisherige Tätigkeit für unseren Verband spätestens bis zum 10. März an uns gelangen zu lassen.

**2. Erhöhung von Lokalbeiträgen.** Eine Erhöhung der wöchentlichen Lokalbeiträge auf 20 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder ist von der Zahlstelle Weihenfeld und eine solche auf 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder ist von der Zahlstelle Kottbus beschlossen. In beiden Fällen wurden die Beschlüsse von uns genehmigt.

**3. Die Berichtskarten für das Statistische Reichsamt** (graue Karten) sind in der abgelaufenen Woche an die Kassierer der Gau- und Zahlstellen verhandelt worden. Als Stichtag für die Fälligkeit der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 22. Februar in Betracht.

Die Feststellungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit sind in den jetzigen bewegten Zeiten von besonderer Bedeutung und werden daher vom Statistischen Amt in der bisherigen Weise fortgeführt. Mit Rücksicht darauf, daß durch die zurzeit bestehenden schwierigen Verkehrsverhältnisse die Beförderung der Posten sehr verzögert wird, ersuchen wir die Verwaltungen der Zahlstellen, dafür besorgt zu sein, daß die ausgefüllten Berichtskarten sofort an uns eingesandt werden. Diese müssen spätestens am 5. März bei uns eingetroffen sein.

Der Verbandsvorstand.

## Die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsamt.

Nachdem sich der Verband deutscher Buchbinderbesitzer nunmehr bereit erklärt hat, an Verhandlungen zur Beilegung der zwischen ihm und unserem Verbande schwebenden Lohnstreitigkeiten vor dem Reichsarbeitsamt teilzunehmen, hat das Reichsarbeitsamt eine gemeinschaftliche Sitzung für Sonntag, den 22. Februar, unter Leitung eines Beamten des Reichsarbeitsamts angesetzt.

## Es geht vorwärts!

Der gewaltige Zustrom zu unseren gewerkschaftlichen Organisationen vollzieht sich in immer gleichbleibender Stärke. Die Zahl derjenigen Gewerkschaften, die ihren Mitgliederbestand auf über hunderttausend steigern konnten, hat sich weiter vermehrt und unser Metallarbeiterverband rechnet zurzeit bereits mit mehr denn 800.000 Mitgliedern. Der Fabrikarbeiterverband hat das dritte Hunderttausend ebenfalls schon überschritten und alle anderen Organisationen sind in einem nie dagewesenen Aufstieg begriffen.

Auch in unserem Verband geht es nach wie vor rüstig vorwärts. In diesen Tagen ist seine Mitgliederzahl auf über 40.000 gestiegen. Das sind erfreuliche Mitteilungen, die wir machen können, selbst wenn man dabei gesehen muß, daß es mit der Organisation unserer Berufsangehörigen noch weit besser aussehen sollte. Aber Rom ist auch nicht in einem Tage erbaut worden, und da selbstverständlich anzunehmen ist, daß nicht nur unsere Erwartungen, sondern auch jedes einzelne Mitglied die jetzt so günstige Zeit zu fleißiger Werbearbeit für unsern Verband weiter ausnützt, so steht zu hoffen, daß die noch immer zu vielen Tausenden zählenden nicht organisierten Berufsangehörigen sich ebenfalls bald in unserem Verbandsverband als Mitglieder einfinden werden. Noch leben wir nicht in einem idealen Staatswesen, in dem die Vereinigungen der Arbeiterschaft überflüssig sind. Vielmehr sind diese in den nächsten Zeiten notwendiger denn je, und wer Anteil haben will an den Verbesserungen unserer wirtschaftlichen Lage, der wird sich schon dazu verstehen müssen, diejenigen Einrichtungen durch seinen Beitritt zu fördern, die zur Durchsetzung dieser Verbesserungen allein berufen sind.

Als charakteristisches Merkmal unseres Berufes ist auch bei dem jetzigen Zustrom an neuen Mitgliedern wieder die Tatsache hervorzuheben, daß sich

unverhältnismäßig sehr viel mehr Arbeiterinnen organisieren als männliche Berufsangehörige und über kurz oder lang sind wir so weit, daß auf tausend organisierte Kollegen immer bereits dreitausend Kolleginnen kommen. Die letzteren sind jetzt schon mit fast dreihunderttausend in unserem Verbandsverband vereinigt, während die Zahl der Kollegen das erste Jahrtausend erst knapp überschritten hat. Das ist an sich eine auffällige Erscheinung, wenn man den Mitgliederstand vor dem Kriegsausbruch dagegen stellt. Ende 1913 zählten wir 16.781 männliche und 16.506 weibliche Mitglieder. Das war zugleich der höchste Mitgliederstand, den unser Verband von seiner Gründung an bis zum Kriegsende aufzeigen konnte. Dort war schon zu erkennen, daß unsere Kolleginnen daran waren, das ziffernmäßige Uebergewicht in unserem Verbandsverband zu gewinnen. Wenn wir heute mit fast der doppelten Zahl organisierter Kolleginnen rechnen können, dann ist das ein Zeichen dafür, daß die politische Neugestaltung in Deutschland auch mit der wirtschaftlichen Gleichgültigkeit weiter Kreise weiblicher Berufsangehöriger Schluß gemacht hat. Wir erfüllen lediglich eine publizistische Pflicht, wenn wir hierbei der Erwartung Ausdruck geben, daß es sich dabei nicht um eine nur vorübergehende Erscheinung handeln wird. Die Zeiten sind wirklich zu ernst, als daß noch Versüchtigen des ersten revolutionären Aufschubes die alte Geschichte wieder neu werden sollte, die ihre Tendenz in einer Massenabwanderung kaum erst gewonnener Mitglieder fand.

Die Entwicklung unserer Mitgliederzahl in der Kriegszeit läßt die Bedeutung unseres heutigen Standes erst richtig erkennen. Unser Verband zählt:

	männl.	weibl.	ges.
Mitgliederzahl Ende 1918	16 781	16 506	33 277
" " 1914	10 816	12 685	23 501
" " 1913	6 288	10 722	17 006
" " 1916	5 480	11 073	16 553
" " 1917	5 519	14 748	20 265
III. Quart. 1918	5 901	15 970	21 871
heute rund	12 000	29 000	41 000

Diese Aufstellung zeigt, daß der höchste Friedensstand der weiblichen Mitglieder bereits um 12½ Tausend überschritten ist und daß er fast das Dreifache beträgt von dem niedrigen Stande während der Kriegszeit. Die Zahl unserer organisierten Kollegen dagegen bleibt hinter dem Stande von 1913 noch immer um rund 4½ Tausend zurück. Hierzu ist allerdings zu bemerken, daß durch den Tod auf dem Schlachtfelde mehr denn 1100 ausgeschieden und bis zur Stunde über 4000 noch nicht vom Militär zurückgemeldet sind. Wollte man annehmen, daß auch diese letzten noch ihrer Entlassung aus dem Wehrdienst ihre Mitgliedschaft in unserem Verbandsverband wieder aufnehmen werden, dann könnte man feststellen, daß auch die Mitgliederzahl unserer Kollegen ihren höchsten Friedensstand wieder erreicht haben dürfte. Wir haben jedoch das Gefühl, als wenn jezt nach der weit vorgeschrittenen Demobilisation unendlich noch eine solche große Zahl unserer Berufsangehörigen Wehrdienste leisten könnte, glauben vielmehr, daß eine sehr große Anzahl lediglich ihrer Pflicht zur Rückmeldung noch nicht genügt hat. Jedenfalls ist es eine dankbare Aufgabe für unsere Verwaltungen, sich nach dieser Seite hin einmal in ihren Kolonnenreisen umzusehen und die mit der Anmeldung im Rückstand befindlichen Kollegen auf ihre Verfassung

aufmerksam zu machen. Es wäre bitter — nicht nur für die davon Betroffenen, sondern auch für die beschließende Verbändleitung — könnte denjenigen, die im Waffendienst Unendlichendes erduldet, ihre unter Umständen in jahrelanger Mitgliedschaft wohl erworbenen Rechte durch ihr eigenes Verstummen nicht wieder zuerkannt werden. Um das zu verhindern, ersuchen wir unsere Verwaltungen dringend, nach dieser Seite hin tätig zu sein.

Durch den starken Mitgliederzugang — der in kürzester Zeit unsere Mitgliederzahl vom Kriegsende verdoppelt haben wird — hat unser Verband jetzt in Orten und Betrieben Eingang gefunden, die zu gewinnen vor dem Kriege trotz aller Bemühungen unmöglich war. Wer noch stehen viele abwärts, die sich dem Zuge der Zeit nicht fügen wollen. Da gilt es, weiter unverdrößene Aufklärungsarbeit zu leisten. Es darf nicht sein, daß auch nur ein aufgeweckter Kollege oder eine Kollegin als unorganisiert in der Weltgeschichte herumtummelt. Alle haben sie heute schon an eigenen Leibe den Einfluß der Arbeitergewerkschaften in der Einführung des Achtstundentages und all der anderen Vorteile der politischen Umwälzung gespürt. Wer ernten will, muß säen und wer wirtschaftliche Vorteile mitgehen will, muß sich zu kleinen Opfern schon bereit finden. Opfern, die so leicht zu tragen sind, wie der Erwerb der Mitgliedschaft in der Arbeitergewerkschaft, sollte keiner ausweichen.

Das Anwachsen der Mitgliederzahl unseres Verbandes äußert sich auch in der Auflage unserer „Buchbinder-Zeitung“. Die letzte Nummer unter dem alten Regiment (Nr. 46 Jahrgang 1918) erschien in einer Auflage von 26 100 Exemplaren, die heute vorliegende Nummer erscheint in einer Auflage von 42 500 Exemplaren. Es geht rafflos vorwärts! Sorgen dafür, daß es noch besser wird!

### Sind unsere Gewerkschaften noch notwendig?

F. L. Beim Ausbruch der Revolution in Deutschland tauchten Leute auf, die die merkwürdige Weisheit verkündeten, daß die Gewerkschaften nunmehr überflüssig geworden seien und ihre Existenzberechtigung verloren hätten. Die Revolution werde den Kapitalismus einfach hinwegschwemmen und im Handumdrehen den sozialistischen Zukunftsstaat errichten. Darum erhoben sie den Ruf: Fort mit den Gewerkschaften, denn die haben keinen Zweck mehr!

Diese Augen Leute, die die Organisationslosigkeit für die Grundlage der Neugestaltung der Dinge erklärten und in der unorganisierten Masse mit ihrer „revolutionären“ Begeisterung die Träger der Bewegung erblickten, waren in einem verhängnisvollen Irrtum befangen. Sie hatten weder eine Ahnung von dem Wesen, dem Geist und den Möglichkeiten einer sozialen Revolution, noch verstanden sie das geringste von der Bedeutung der Gewerkschaften für eine Umformung unseres Wirtschaftslebens in der Richtung zum demokratischen Sozialismus. Sie waren der grundfalschen Meinung, daß mit dem Sturz des Monarchismus und des Militarismus sowie mit der Demokratisierung unserer staatlichen und gemeinlichen Einrichtungen die Revolution zu Ende sei, während sie doch in Wirklichkeit erst damit anfängt. Die politische Revolution und die Verwirklichung der politischen Demokratie ist ja nur erst die Vorbedingung einer Sozialisierung und Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens, und diese hinwegzuwerfen ist die Grundlage der ersten. Denn alle politischen Rechte und Freiheiten der Arbeiterschaft schweben so lange in der Luft und haben keinen praktischen Wert, wie sie nicht auf dem festen Untergrunde einer wirtschaftlichen Macht ruhen. Darum ist es unbedingt notwendig, daß die militärisch-politische Revolution zu einer wirtschaftlich-sozialen ausgebaut wird, damit die rechtliche Freiheit in der wirtschaftlichen Freiheit ihren Halt findet. Denn nur der wirtschaftlich freie Mensch kann von seiner rechtlichen Freiheit völlig Gebrauch machen, der wirtschaftlich abhängige Mensch muß auf die Ausübung seiner politischen Rechte verzichten. Das haben uns die Jahrzehnte vor dem

Kriege deutlich gelehrt, und das wird sich auch weiterhin deutlich zeigen.

Daß sich die Sozialisierung und Demokratisierung unseres wirtschaftlichen Lebens nicht von heute auf morgen durchführen läßt, sondern daß dazu Zeit und Geduld gehört, haben auch die größten Heißsporne einsehen müssen. Es handelt sich hier um eine äußerst schwierige Aufgabe, die mit Geschick und Sachkenntnis angefaßt werden muß, wenn sie gelingen soll. Unser Wirtschaftsleben ist so vielseitig und verwickelt und greift so tief in alle menschlichen Beziehungen und Zusammenhänge ein, daß es unmöglich vom grünen Tische aus nach dem berechtigten Schema F geregelt werden kann. Es ist ein lebensvolles, organisiertes Gebilde, das inneren Gesetzen gehorcht, es verträgt deshalb keinen äußerlichen mechanischen Zwang und spottet aller bürokratischen Regelung. Um die wirtschaftlichen Lebensbedingungen im Sinne des Sozialismus umzugestalten, bedarf es tüchtiger Menschen, die über einen reichen Schatz von Erfahrungen und Kenntnissen verfügen und sich ihrer Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk voll bewußt sind. Ueberwältigende Begeisterung und tollkühner Wagemut allein reicht dazu nicht aus, es muß vielmehr nüchternes Ueberlegung und praktischer Wirklichkeitssinn hinzukommen. Auch das Wirtschaftsleben im sozialistischen Staate muß allen aufbauenden, schaffenden Kräften freie Bahn öffnen, es muß sie zusammenfassen und auf ein einheitliches Ziel richten. Es kann nicht auf die freie Entfaltung, die Tatkraft, die Initiative, den Unternehmungsgeist und die Selbstverantwortlichkeit der Beteiligten verzichten, muß aber gleichzeitig den Willen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen, als Leitstern über sein Tun und Lassen aufhängen.

Zweifellos werden die für die Eroberung und Urbarmachung des sozialen Neulands erforderlichen Eigenschaften nirgends besser vorgefunden, als bei den gewerkschaftlichen Organisationen und deren berufenen Leitern. Seit manchem Jahrzehnt beschäftigen diese sich eingehend und erfolgreich mit wirtschaftlichen Dingen: mit einer vernünftigen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, mit der Frage der Behandlung der Untergebenen durch die Vorgesetzten, mit der Frage der Anstellung und Entlassung von Arbeitskräften, mit der Durchführung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Arbeitsbetrieben, mit der Erziehung der Arbeitskräfte zu pflichtgetreuen Mitarbeitern und selbstbewußten Menschen. Kurz und gut, mit der Verwirklichung des Sozialismus und der Demokratie im Wirtschaftsleben. Die Gewerkschaften sind zu Schulen geworden, in denen Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen Erfahrungen und Kenntnisse gesammelt haben und dadurch gewöhnt worden sind, in klarer Erkenntnis aller Möglichkeiten und mit ruhiger, besonnener Ueberlegung den Blick und den Willen auf das Erreichbare zu richten. Gleichzeitig haben sie die Mitglieder diszipliniert und zur Solidarität erzogen und ihnen die Notwendigkeit eingepreßt, nicht nach Eiern und Seifenblasen zu laufen, sondern sich mit beiden Füßen auf den Boden der Wirklichkeit zu stellen.

Solche Männer und Frauen brauchen wir, wenn wir am Tempel der Zukunft bauen und das soziale Neuland bebauen wollen. Und solche Organisationen tun uns not, die in ihren Mitgliedern Begeisterung und Opfermut erzeugen, gleichzeitig aber auch den Sinn für das Mögliche und Erreichbare schärfen. Darum wäre es ein großer Anlaß, je geradezu ein verbrecherischer Wahnsinn, wollte man in der gegenwärtigen Zeit die Gewerkschaften aufschalten und ihre Tätigkeit unterbinden. Im Gegenteil wäre es notwendig, Gewerkschaften zu schaffen, wenn sie noch nicht beständen, weil wir ihre Mitarbeit absolut nicht entbehren können. Der Ruf muß also nicht lauten: Fort mit den Gewerkschaften! sondern vielmehr: Her mit den Gewerkschaften! Denn sie sind unentbehrlich für die Arbeiterschaft, wenn wir die politische Revolution auf das wirtschaftliche Gebiet überleiten wollen. Die deutschen Arbeiter und auch unsere Kollegen und Kolleginnen haben dies auch eingesehen, denn sie strömten neuerdings in Massen in die Gewerkschaften hinein.

### Aus unserem Beruf.

**Arbeitslosenstatistik.** Bei der für die Berichtserstattung an das Statistische Reichsamt bestimmten Erhebung über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der deutschen Fachverbände, wurden an dem für den Monat Januar in Betracht kommenden Stichtag — dem 26. Januar — durch unsere Organisation in 101 berichtenden Betrieben und Zahlstellen mit 10 852 männlichen und 26 428 weiblichen, zusammen 37 280 Mitgliedern, 2558 männliche und 2496 weibliche am Ort befindliche, sowie 5 männliche und 1 weibliche Durchreisende, insgesamt also 4800 arbeitslose Mitglieder festgestellt.

Die Verwaltungen der Zahlstellen in Aachen, Bonn, Danau, Karlsruhe, Krefeld, M.-Gladbach, Saarbrücken und Straßburg haben trotz erfolgter Mahnung die Berichtslisten nicht eingesandt, was bei den im linksrheinischen Gebiet liegenden Orten infolge der durch die feindliche Besetzung bedingten Einschränkungen im Postverkehr wohl verständlich erscheint. Diese 8 Zahlstellen mit bisher insgesamt 111 männlichen und 77 weiblichen Mitgliedern sind daher an dem Ergebnis der Aufnahme nicht beteiligt.

In den an der Erhebung beteiligten 101 Betrieben und Zahlstellen hat sich im Monat Januar nach den vorliegenden Angaben die Mitgliederzahl wieder um 2325 — 1212 männliche und 1113 weibliche — erhöht. Deutgenüber ist aber leider auch wieder eine ganz bedeutende Steigerung der Arbeitslosigkeit zu konstatieren, indem sich die Zahl der Arbeitslosen bei den männlichen wie auch bei den weiblichen Mitgliedern auf mehr wie das Doppelte erhöht hat. Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 21,8, bei den weiblichen 9,4 und bei beiden zusammen 13,1 Arbeitslose. Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den letzten drei Jahren ergibt folgendes Bild:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag (am Ort u. auf der Reise befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder				
	m.	w.	auf.	1918				
	m.	w.	auf.	m.	w.	auf.		
1918								
Januar	31	298	324	0,6	2,0	1,6	2,5	6,3
Februar	27	251	278	0,5	1,7	1,4	2,3	6,5
März	15	270	285	0,8	1,8	1,4	2,1	5,4
April	84	241	275	0,6	1,5	1,4	2,4	6,1
Mai	29	200	229	0,5	1,4	1,1	1,8	6,2
Juni	20	104	214	0,4	1,3	1,1	1,4	5,2
Juli	27	158	185	0,5	1,1	0,9	1,7	5,3
August	25	154	179	0,4	1,0	0,9	1,5	4,5
September	21	197	218	0,4	1,3	1,0	1,6	4,1
Oktober	18	154	172	0,8	1,0	0,8	1,3	3,9
November	323	429	752	3,4	2,0	2,7	1,2	3,0
Dezember	1128	1142	2270	11,8	4,5	6,5	1,5	2,5
1919								
Januar	2303	2497	4800	21,8	9,4	13,1	1,6	2,5

### Die Lage des graphischen Gewerbes in Hamburg.

Bei Ausbruch des Krieges waren in Hamburg-Altona Tausende von Mitgliedern der graphischen Organisationen arbeitslos geworden. Die einzige Hoffnung war, daß der Krieg in wenigen Monaten sein Ende erreichen würde. Leider haben wir eine lange Kriegszeit durchzumachen gehabt, und der Ausgang des Krieges ist für unser Gewerbe ein ganz unbedeutendes etwas geworden. Sind doch unsere Betriebe auf den Hafen, also auf Handel und Schifffahrt angewiesen. Auch ungezwei wieder stehen wir vor der Tatsache einer sehr hohen Arbeitslosigkeit, die noch verschärft wird durch die Unmöglichkeit in absehbarer Zeit infolge der besonderen wirtschaftlichen Struktur Hamburgs als Handelsstadt und der dadurch bedingten Abwanderung des Gewerbes auf Befreiung zu hoffen. Diese Sachlage macht die nervöse Unruhe und Verzweiflung in Arbeitslosenkreisen verständlich, denn es ist moralisch zerrüttend, sich als ausgeschlossen von nützlich schaffender Arbeit zu sehen. Diesen Opfern des früheren Gesellschaftsaufbaues auf alle nur erdenkliche Weise zurück zu geordneten Lebensverhältnissen zu helfen, ist unsere Pflicht der Organisationen. Die Situation wird noch trüber, wenn zu den gegenwärtigen 1000 Arbeitslosen im graphischen Gewerbe noch diejenigen kommen, die heute noch im Militärverhältnis stehen. Mit den Arbeitgebereorganisationen sind Beratungen gepflogen worden, in denen eindringlich darauf hingewiesen wurde, daß eine Regelung der Arbeitslosenfrage auch in deren Interesse liege. Die Veranlagung des Einmännchenstems, die Verteilung beherrschender Arbeiten durch Zimnung usw. haben sich als unzureichende Mittel erwiesen. Dazu kommt Papier- und Rohstoffmangel, so daß die dringende Frage entsteht, wie es möglich ist, diese Verhältnisse zu bessern

und den Arbeitslosen zu helfen. In einer Arbeitslosenversammlung wurde gefordert, die Arbeitszeit zu verkürzen. Kein theoretische Schwierigkeiten der in den einzelnen Betrieben tätigen graphischen Berufe erfordern eine andere praktische Regelung, die in einer gemeinsamen Verbandsbildung der vier in Frage kommenden Verbände beraten wurde. Um eine größere Anzahl Arbeitsloser unterzubringen, wurde ein turmusartiges Ansehen als die beste Lösung angesehen. Hierfür müssen unsere Unternehmer interessiert werden. Jüngeren und ledigen Kollegen ist jedoch zu empfehlen, während der Sommermonate zur Entlastung der Großstadt Beschäftigung auf dem Lande zu suchen, was deren Gesundheits- und Ernährungsstand nur günstig beeinflussen wird. Wenn sich dann, durch Entvölkerung der Städte, auch unsere verworrenen politischen Verhältnisse beruhigt haben und alle mit Liebe an diesem Werke mitarbeiten, ist zu hoffen, daß wir über die jetzigen Zustände hinwegkommen werden.

Mit diesen Dingen beschäftigte sich am 9. Februar eine Versammlung sämtlicher graphischer Organisationen Hamburgs, in der Buchdrucker, Künftler die Sachlage wie vorstehend skizzierte. In der Diskussion wurde vor allem von den Buchdruckern den jüngeren graphischen Arbeitern empfohlen, auf dem Lande Arbeit anzunehmen. Die Verhältnisse dort unterliegen einer besonderen Beobachtung und Kontrolle. Auch die Erhöhung der Feuerungszulage für Lehrlinge wurde gefordert. Ein Redner der Hilfsarbeiter wendet sich gegen das Bestreben der Arbeitgeber, die Löhne abzubauen. Die Löhne der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sind viel zu gering, und es muß einen Ausgleich in der Entlohnung im graphischen Gewerbe gefordert werden. Erst ein Abbau der hohen Preise, kann ein Abbau der Löhne. In dem Verhalten gewisser Unternehmerkreise und auch höherer Behörden ist letzten Endes nichts weiter zu sehen, als Versuche, der neuen politischen Richtung in Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten. Hier könne nur Beschränkung des reinen Unternehmergewinnes durchschlagend helfen. Andere Arbeiterkategorien haben bis zu 60 Proz. höhere Löhne als die hochwertigen graphische Arbeiterkraft.

Kritik von unserem Verbandsbericht über die Lage der Buchbinder und Papierverarbeiter. Zurzeit sind 300 Arbeitslose vorhanden. Die Löhne sind gegenüber den anderen Verufen viel zu gering. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern sind verlagert, sie werden sofort nach dem 14. Februar wieder aufgenommen, so daß dann die unterschiedliche Bezahlung im graphischen Gewerbe behoben wird. Weiter wurde die Kürzung der Langvergrünungen gefordert, um die für Nachvergrünungen benötigten Rohstoffe für die Industrie frei zu bekommen. Bei den bevorstehenden Wahlen zum Arbeiterrat müssen tüchtige Arbeitervertreter gewählt werden, damit es auch dort einmal besser werde. Unser Kollege Grimm bestauntete sehr lebhaft ein innigeres Zusammenarbeiten der graphischen Berufe. Er forderte weiter die Entwicklung zu einem graphischen Industrierivat und Ausbau des Versicherungswesens unter Ausschleiden der höheren Altersklassen.

Die Versammlung faßte sodann einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Die überaus zahlreich besuchte Versammlung aller graphischen Berufe beauftragt die Vorstände der einzelnen Gruppen, sofort gemeinsame Verhandlungen mit den Prinzipalpartnern einzuleiten, zwecks Milderung der jetzigen Arbeitslosigkeit im Gewerbe, eventuell durch unrichtiges Aussehen. Die Versammlung erwartet von den Berufsangehörigen in den anderen Druckern, daß sie im Interesse der aus dem Felde Zurückgekehrten dem gegebenen Beispiele folgen und umgeben über die Unterbringung der Arbeitslosen beraten werden. Zum Schluß protestiert die Versammlung besonders gegen die Vergewaltigung der Pressefreiheit in letzter Zeit, da eine geordnete Entwicklung des Gewerbes nur unter weitgehender Pressefreiheit möglich ist.

2. Die Versammlung nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von der von den Prinzipalpartnern der graphischen Gewerbe beabsichtigten Reduzierung der Feuerungszulagen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß nach dem heutigen Verhältnissen Feuerungszulagen und Löhne viel zu niedrig sind, und daß es außerdem unbillig ist, für gelehrte und ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen verschiedene Feuerungszulagen zu gewähren. Die Versammlung erwartet, daß eine Herabsetzung der Feuerungszulage nicht über längere Namen wird, bis ein Abbau der Preise für die Bedürfnisse des täglichen Lebens erfolgt ist.

3. Die Angehörigen des graphischen Gewerbes in Hamburg richten an den Arbeiter- und Soldatenrat das dringende Ersuchen, eine Beratung und Beschlußfassung darüber herbeizuführen, ob es sich ermöglichen läßt, durch Verkürzung der Arbeitszeit in allen Verfassungen, Fabriken und Kleinbetrieben, der großen Arbeitslosigkeit wirksam entgegenzutreten. Im besagten Falle zugleich den Lohnausfall im Einvernehmen mit dem Arbeitsamt durch eine

Ausgleichsentschädigung zu paralysieren. Die Verkürzung der Arbeitszeit soll für alle Berufe gelten.

4. Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, sich mit dem A- und S-Rat in Verbindung zu setzen und darauf hinzuwirken, daß die Erlasse des A- und S-Rates betr. Einschränkung des Langverweils auch zur Durchführung kommen, damit der Arbeiterverbrauch, der hier unnötigerweise getrieben wird, dem Gewerbe zugute kommt.

Der Versammlungsleiter Küster ermahnte die Versammlung, hinter den gestrichen Beschlüssen zu stehen. Die Versammlung habe bewiesen, daß die Arbeiterschaft im graphischen Gewerbe gemeinsame Interessen auch gemeinsam behandeln kann, die Beschlüsse durchzuführen, müsse unsere nächste gemeinsame Aufgabe sein.

**Berichte.**

**Berlin.** Am 4. Februar fand eine Versammlung der in den Berliner Briefumschlag- und Papierausstattungsfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Klar erfasste der Bericht über die mit Vertretern des Arbeitgeberverbandes der Briefumschlag- und Papierausstattungsfabriken gepflegten Verhandlungen zur Regelung der Arbeitszeit und Arbeitslöhne. Der Verband der Briefumschlag- und Papierausstattungsfabriken hatte einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der Grundlöhne und Akkordpreise enthält, die so berechnet sein sollen, daß beim Akkordarbeiten auch bei den kleinsten Maschinen, die bis 65 Touren leisten, 20 Proz. über den Grundlohn erzielt werden können. Die Arbeitgeber glauben auf die Akkordarbeit im Interesse der Aufrechterhaltung der Betriebe und langgewohnten Kalkulation nicht verzichten zu können. Gegen die Abschaffung des Prämienlohnsystems haben sie nichts eingewandt. Als Grundlohn wurden bei Beschäftigung bis zu einem Jahr an der Briefumschlagmaschine 35 M. und über einem Jahr 40 M., an der Gummiernmaschine mit Automat 40 M. und ohne Automat 46 M. in Vorschlag gebracht. Die aufgestellten Akkordpreise für Handarbeiten (Salgen) sollen auf Wunsch der Versammelten einer Durchsicht unterzogen werden. Von allen Seiten aus der Versammlung wurde der Vorschlag der Arbeitgeber, als mit zu niedrigen Lohnsätzen versehen, kritisiert und beantragt, an unsere Forderungen festzuhalten.

Die Aussprache ergab eine sehr verschiedenartige Entlohnung der gleichen Arbeiten, die nur durch einen Tarifvertrag beseitigt werden kann. Gefordert wurde, den Abschluß eines Vertrages zu beschleunigen und mit rückwirkender Kraft zu versehen.

**Berlin.** Die Reichsdruckerei, von der wir weitauswertes für unsere Organisation vor und während des Krieges kaum gehört hatten, ist mit dem Sturz des alten Regiments in ein dem republikanischen Verhältnissen angepasstes Fahrwasser geleitet worden. Während der Kriegszeit sind mehr und mehr alte Mitglieder als Neulandkrieger eingetreten, die zum größten Teil organisiert waren. Anders aber bei dem weiblichen Personal, das von der Organisation unter dem alten reaktionären Geist, welcher in der Reichsdruckerei vorwiegend herrschte, nichts gehört hatte oder nichts hören sollte. Dürfte doch nicht einmal ein männliches Mitglied der Druckerei, wenn er endlich nach jahrelanger Arbeit zum „Monatslöhner“ befördert wurde, seiner Organisation angehören. Erst nach dem 9. November konnte nun auch in diesen heiligen Hallen ein freieres Wort gesprochen werden, und der halb gewählte Arbeiterrat und die Vertrauensleute wählten eine recht freie offene Sprache. Man sah nun auch, daß die Angehörigen der Reichsdruckerei lange nicht so vernüchert waren, als man vorher glaubte, und nachdem einige Kollegen ihre Tätigkeit als Organisatoren begannen, strömten fast alle samt und sonders in die für jeden in Frage kommende Organisation. So können wir heute eine Mitgliederzahl im Betriebe von annähernd zweitausend unseren Reihen zugeführt wissen.

Aber wie alles andere, so liegen auch die Löhne sehr zu wünschen übrig. Obgleich man mit Zunahme der Feuerung einen dann und wann mal etwas erhöhten Feuerungszuschlag (Arbeitszulage) gewohnte, fanden die Grundlöhne auf so niedriger Basis, daß wohl außer dem vom Militär Kommandierten nur ganz wenige Kollegen für solch Lasten geld arbeiten wollten, man auch von den in anderen Betrieben Arbeitenden oft verhöhnt wurde, bis eine Lohnkommission endlich gesunde Löhne aufstellte, die der Direktion unterbreitet wurden und dann von der vorgehenden Behörde (Reichspostsekretariat) mit Wirkung vom 5. Dezember genehmigt wurden. Die Feuerungszulage wird weitergewährt und der Grundlohn von 5,80 und 6.— M. auf 10,70 M. steigend in zehn Jahren bis 12.— M. pro Tag festgesetzt. Die Ferienfrage wurde so geregelt, daß nach einjähriger Tätigkeit sechs Tage, nach zweijähriger Tätigkeit zwölf Tage und nach zehn Jahren 18 Tage Ferien gegeben wird.

Nachdem nun endlich die Organisation auch hier in diesem Staatsbetriebe festen Fuß gefaßt, heißt es aber auch, zu zeigen, daß es mit ganzer Kraft geschehen ist, und jedes einzelne Mitglied mache es sich zur Pflicht, ein ganzes und reges Glied in der Reihe zu sein, die uns umschlingt, damit wir das Erwingende auch festhalten können.

**Dortmund.** In unserer Generalversammlung am 8. Februar zeigte sich eine recht erfreuliche Erscheinung in dem zahlreichen Besuch der Kolleginnen, von dem der Kollege in den Schatten gestellt wurde. Einleitend schilderte der Vorsitzende Hünnermann kurz die Reiten von früher und heute, indem er hervorhob, daß die Kollegenschaft die erzwungenen Freiheiten befestigen müsse durch engeren Anschluß an ihre Organisation. Er schloß mit der Mahnung an alle, mitzuarbeiten für eine gesunde wirtschaftliche Lage und eine starke Organisation. Der stärrere Rütke gab hierauf seinen Bericht über die Verbands- und Lokalkasse.

Der Punkt „Tarifangelegenheiten“ brachte eine lebhaft Diskussion. Im Vordergrund stand die „glatte Ablehnung der Feuerungszulagen“ durch die Buchbindereibesitzer. Von allen Seiten wurde berechtigte Klage geführt über die unzulängliche Entlohnung der Stundenarbeiter. Als gelehrter Arbeiter müsse man sich dem ungelerneten gegenüber, aus welcher Branche er auch sei, des Lohnverhältnisses schämen. Keiner von uns ist in der Lage, auch nur die geringsten Neuanschaffungen zu machen. Scharf zurückgewiesen wurde auch die Behauptung, daß die hohen Preise für Lebensmittel wie für Brauchgegenstände erst durch die unverändert hohen Lohnforderungen bewirkt worden seien. Es kann leicht festgestellt werden, daß das Gegenteil richtig ist; deshalb muß unbedingt gefordert werden, daß zuerst die Lebensmittelpreise abgebaut werden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung der Häftlinge Dortmund hat Stellung genommen zu den staatsgehabten Verhandlungen zwischen den Vertretern des Buchbindereibesitzer-Verbandes und des Deutschen Buchbinder-Verbandes. Sie protestiert gegen das ablenkende Verhalten der Unternahmervertreter betreffs Erhöhung der Feuerungszulage. Die Versammlung steht auf dem Standpunkt, daß eine Erhöhung der Löhne unbedingt erforderlich ist. Sie gelobt, fest zur Organisation zu stehen und gegebenenfalls mit dem nötigen geschlossenen Nachdruck ihre gerechten Ansprüche durchzusetzen.“

Auch über die Firma Fern. Meyer, Buchbinderei und Geschäftsbücherei, und deren Herrn Wegmann wurde lebhaft Klage geführt. Gegenwärtig sucht diese Firma entgegen der Demobilisationsverordnung ihre meist für die Stadt und größere industrielle Werke bestimmten Arbeiten nur durch weibliche Hilfskräfte zu bewältigen, dagegen die arbeitslosen Kollegen durch eine geradezu schandhafte Entlohnung und allermögliche Ausnutzung von Betrieben fernzuhalten. Sämtliche auswärtigen Kollegen werden deshalb gebeten, vor Arbeitsannahme beim Bevollmächtigten Erkundigung einzuholen. Beschlossen wurde dann noch, die Lokalkassen-Beitragsverbahnung auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen.

**Dortmund 1. B.** Nach langer Zeit beginnt auch hier wieder das gewerkschaftliche Leben. Unsere Generalversammlung vom 25. Januar wählte zunächst die Häftstellenleitung. Dann wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die durchgehende achtstündige Arbeitszeit ernstlich in Gefahr ist und die Kollegen ermahnt, Augen und Ohren offen zu halten. In der diesbezüglichen Abstimmung erklärten sich die Versammelten für die Aufrechterhaltung der durchgehenden achtstündigen Arbeitszeit. Weiter wurde eine Begehrungskomitee für die aus dem Felde heimgekehrten Kollegen beschaffen und beauftragt, daß die Mitgliederzahl auf 125 geltege ist.

**Rundschau.**

Über den Anstich der einflussreichsten Gewerkschaften an den französischen Gewerkschaftsbund entnehmen wir einem Bericht des „Correspondenzblatt“ der Generalkommission vom 25. Januar 1919 folgendes:

Das endgültige Schicksal Elsh-Lohbringers ist noch nicht bestimmt. Man kann noch hoffen, daß die 14 Punkte Wilsons auch für die reichslandliche Bevölkerung zu gelten haben. Doch von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ist, wenn die Elsh-Lohbringer in Frage stehen, nirgends die Rede. Die weststaatlichen Regierungen und mit ihnen die sozialistischen Vertreter, scheinen diese Sache für zweifelhaft geregelt zu halten, nach ebe die Bevölkerung der Reichslande durch Abstimmung ihre Meinung kundgeben hat. Sie mögen annehmen geneigt sein, das Volk sei mit ihrem selbstherrlich getroffenen Wahrgesetz ohne weiteres einverstanden. Ob es wirklich an dem ist, vermag zur Stunde

niemand zu sagen. Wie sich die elsass-lothringischen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder zu dem Anschluß an Frankreich stellen, zeigt der Bericht von einer Konferenz, die am 4. und 5. Januar in Straßburg stattfand.

Diese Zusammenkunft hatte den Zweck, das Verhältnis der elsass-lothringischen Gewerkschaften zum französischen Gewerkschaftsbund zu regeln. Von der französischen Gewerkschaftszentrale waren Jouhaux und Wertheim erschienen, denen sich dann der ehemalige Abgeordnete von Metz, Beil und Albert Thomas zugesellten. Von den Gewerkschaften nahmen Vertreter aus Kolmar, Müllhausen, Metz, St. Marie aux Mines und von den Dietrichschen Werken in Niederbronn teil. Als ihr Vorsitzender wählte der Landtagsabgeordnete Jmbs. In seiner Eröffnungsrede erklärte er nach der „Quinante“: Wir werden gemeinsam die praktischen Wege für den Anschluß an die französische Gewerkschaftsorganisation suchen. Die Sprachschwierigkeit hindert, daß der Zusammenschluß so schnell vor sich geht, als wir alle wünschen. Die Mitglieder der elsass-lothringischen Gewerkschaften können nur deutsche Zeitungen lesen. Allein das ist nur eine vorübergehende Schwierigkeit, die schnell überflogen werden sollte. Die rationellste Art wäre, die bestehenden Gewerkschaften in Elsass-Lothringen in einem Bezirksverband zu vereinigen, der sich dann als Ganzes dem französischen Gewerkschaftsbund anschließen hätte. Jmbs macht im Namen seiner Kollegen den Vorschlag, die bestehenden 48 Gewerkschaftsgruppen ihren Verufen nach in 14 Industrieverbänden zu vereinigen, wozu sich die Vertreter des französischen Gewerkschaftsbundes wendeten. Dieser Plan widerspreche den Grundätzen der französischen Gewerkschaftsbewegung, welche die Gruppen nach Beruf und Industrie in Verbänden und nicht in Bezirksorganisationen vereinigen. Die elsass-lothringischen Vertreter meinten jedoch, ihr Plan habe als Uebergang zu gelten, und daß er für bessere Regelung der Unterstützungsleistungen getroffen sei. Nach einer weitläufigen Auseinandersetzung, die den Unterschieden der deutschen und französischen Zentralisierung der Beitragsgelder und Unterstützungen galt, wurde folgender, von Jmbs gemachte Vorschlag einstimmig angenommen: Es werden drei Bezirksverbände mit sich in Metz, Straßburg und Müllhausen geschaffen, die alle Gewerkschaftsgruppen ihres Bereichs umfassen. Diese drei Verbände bilden den Regionalverband Elsass-Lothringen, der sich als solcher dem französischen Gewerkschaftsbund anschließt.

Bei der Erörterung dieses Antrages beklagte sich der Straßburger Vertreter A. Meyer sehr über die deutsche Zentralisation, die den elsass-lothringischen Gewerkschaften von ihren 29 Beamten 24 aufzuzwingen hätte; auch ließe sie den Ortsgruppen nicht genügend Selbständigkeit, eine Meinung, die der Müllhäuser Witz gleichfalls vertrat. Als Besondere verdient bemerkt zu werden, daß dem obigen Antrag auch der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Amman, zustimmte. In der Begründung seiner Stellungnahme führte er aus: „Meine Mandatgeber wünschen sich dem französischen Gewerkschaftsbund anzuschließen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß für den gewerkschaftlichen Erfolg die Einigkeit der Organisationen unerlässlich ist. Die christlichen Gewerkschaften besitzen wohlgefüllte Kassen und viele organisierte Kräfte. Die wirtschaftlichen Kämpfe stehen jetzt im Vordergrund und die Arbeiterklasse gibt sich nicht mehr mit dem Zustand der Vergangenheit zufrieden. Die Löhne stehen weit unter den Unterhaltungskosten. Wie die anderen, so wollen auch die christlichen

Gewerkschaften an der nötig werdenden Bewegung teilnehmen.“

Nachdem die Beibehaltung der bisherigen Höhe der Beiträge angenommen wurde, beschloß, ein Gewerkschaftsblatt in deutscher Sprache mit französischen Aufsätzen herauszugeben, in dem später allwöchentlich eine französische Beilage angefügt werden könne. Bezüglich des sofortigen Anschlusses an die Pariser Zentrale bemerkte ein lothringischer Vertreter, es könnten dadurch gewisse Schwierigkeiten beseitigt werden. Die deutsche Organisation, der bislang fast der gesamte Beitrag zugeflossen sei, könnte den Anschluß zum Verband nehmen, die Zurückzahlung an die Elsass-Lothringer erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages zu leisten, als auch ihnen die Gewerks- und die anderen Unterstützungen vorenthalten, worauf sie ein Recht hätten. Die Unannehmlichkeit sei um so größer, als die Gewerkschaftler Elsass-Lothringens immer — und unter wieviel Anstrengungen — die ganze Höhe ihrer Beiträge eingezahlt haben, während die Berliner damit noch rückständig sind. Die lebhafteste Aussprache, die diese Erklärung entfachte, wurde von Jouhaux durch die Mitteilung beendet, die elsass-lothringischen Gewerkschaften dürften vollständig auf die moralische und materielle Unterstützung der französischen Organisationen zählen. Nach dieser Versicherung ist dann der sofortige Anschluß beschlossen worden.

Rum wurden innerorganisatorische Fragen erledigt. Zum Schluß bekräftigte der Vorsitzende Jmbs noch einmal die große Freude, womit die elsass-lothringischen Gewerkschaften in die französische Organisation eintraten.

Unter Verband hatte nach der Abrechnung vom 3. Quartal 1918 in Straßburg 13 männliche und 24 weibliche Mitglieder, zu denen noch einige Einzelmitglieder kommen, die nach dem Beschluß der obigen Konferenz sich dem französischen Gewerkschaftsbund angeschlossen haben und damit für uns verloren sein dürften. Direkte Mitteilungen von Straßburg haben uns seit der Besetzung durch die Franzosen noch nicht erreicht.

### Abrechnungen

vom 4. Quartal 1918 gingen weiter bis zum 17. Februar bei der Verbandskasse ein von: Gau 1/3 mit — M., Potsdam — M., Gau 2 100 M., Königsberg 210 M., Gau 4 112 M., Erfurt 300 M., Saarlouis 26,52 M., Weihenfeld 200 M., Köln 448,04 M., Krefeld 130 M., Mannheim 200 M., Heilbronn — M., Karlsruhe 600 M., Laß — M., Pforzheim — M., Gau 17 — M., und von Mündchen mit 6000 M.

Nach nicht eingegangen sind die Abrechnungen von Gau 10, Barmen-Eiberfeld, Bonn, M.-Glabbech, Gauau, Saarbrücken, Wiesbaden, Gau 14/15, Freiburg, Konstanz, Straßburg und von Stuttgart.

### Adressenänderungen.

Briefen der Bewohnmächttigen und der Kassierer. B. = Bewohnmächttiger. K. = Kassierer. Baden. B.: W. Wolters, Promenadenstr. 10. K.: J. de Jong, Backertstr. 11. Frankfurt l. Th. B.: R. Rasmussen, Portenstr. 4. K.: J. Aderslund, Herzog-Aden-Str. 18. Wismar. B. und K.: E. Wraymann, Feldstr. 6.

- Sonn. B.: B. Schäfer, Markusstr. 45. K.: J. Gentes, Heisterbacherhofsstr. 23.
- Bremen. B.: P. Wehlind, Bogustr. 17 II. K.: P. Wellner, Weigentampstr. 146.
- Dresden. B.: A. Reifegerste, Radstr. 56. K.: G. Eeckig, Elsbethstr. 25 c II.
- Glogau. B.: G. Elze, Taubenstr. 16 III. K.: J. Knaal, Königsstr. 42.
- Helmstedt. B.: A. B. B. A. Rüdiger, Juidauerstr. 41. K.: B. Rüdiger, Schallerweg 2 I.
- Leipzig. B.: A. Seegelt, Freundstr. 21 II. K.: A. Walth, Jenzstr. 4.
- Magdeburg. B.: G. Goebel, Frankfurter Str. 54. K.: G. Schwanenbach, Brndstr. 42.
- Salz (Saale). B.: R. Rerten, Bielandstr. 27. K.: O. Müller, Seydlitzstr. 37.
- Sarlsruhe. B.: J. Dufan, Karl-Wilhelm-Str. 1, bei Stöcking. K.: Fr. Düber-Wintel, Rippurrer Str. 20; Haus 51 V.
- Stettin. B.: A. Ruffan, Kottwitz bei Kottbus, Nr. 193a. K.: B. Simon, Gartenstr. 81 II.
- Wannheim. B.: R. Bauer, II. 8. 12a. K.: O. Eißel, Schwöbinger Str. 179.
- Wiesbaden. B.: O. Röhm, Katharinenstr. 28. K.: G. Witterling, Maurerstr. 41 I.
- Worms. B.: R. Thiel, Vertuchstr. 22 I. K.: P. Raichau, Schröderstr. 20 III.
- Würzburg. B.: A. Fein, Elstergasse 5 I. K.: J. Göb, Wibratr. 21.

### Briefkasten.

Zurückgestellt wegen Raummangels wurden Korrespondenzen aus Laß und Mannheim: Zur Tariffrage in der Kartonnagenbranche. Nicht Zerplünderung! Internationales.

### Literarisches.

Der Zukunftsstaat, Produktion und Konsum im Sozialstaat. Von Dr. Karl Kallod, ordentlicher Honorarprofessor an der Universität Berlin (Atlantikus). Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage. Internationale Bibliothek, Band 60, Preis broschiert 3 M., gebunden 5 M. Verlag J. G. W. Dietz, Stuttgart.

„Die neue Erziehung.“ Sozialistische pädagogische Zeitschrift. Herausgeber: Dr. M. G. Waage. Untersekretär im Preuß. Kultusministerium. Durch die Post vierteljährlich 5 M. und Bestellgebühr. Direkt unter Kreuzband 5,50 M. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9.

Mit der sozialistischen Pädagogik nimmt „Die neue Erziehung“ eine Aufgabe in Angriff, zu deren Lösung bisher nur Ansätze vorhanden und zerplünderter Einzelversuche gemacht worden sind. Alles auf diesem Vorhandenen zusammenzufassen, zu ordnen, Neues zu organisieren und anzulegen hat die neue Zeitschrift sich zur Aufgabe gemacht.

Die soziale Bilanz des Krieges. Von Parvus. Preis 50 M. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Die Schrift ist im Jahre 1917 zuerst erschienen und hat bedeutendes Aufsehen erregt. Führt sie doch den Nachweis, daß keine der kriegführenden Nationen bei dem Krieg auf ihre Rechnung kommen könne. Dieses Völkervertrag für einen schnellen Frieden ist vom Oberkommandierenden in den Marken verboten worden. Dafür rednet der Verfasser in einem Nachwort zu der sonst unverändert herausgegebenen Broschüre mit ihm ab.

**Zahntelle München.**  
 Unserm langjährigen Mitglied  
**Hans Kallan u. seiner Gattin**  
 die herzlichsten Glückwünsche zur  
 baldigen Hochzeit.  
 Die Ortsverwaltung.

**1 Radchneidemaschine  
 und 1 Pappschere**  
 und sonstiges Buchbinder-Handwerkzeug  
 zu kaufen gesucht. — Offerten unter  
 W. G. 53 an die Expedition der Buch-  
 binder-Zeitung.

Alle, bedeutende, in Italien  
 gut eingeführte  
**Mailänder**  
 Handels- u. Vertretungsfirma  
 Label deutsche Fabriken von Maschi-  
 nen, Werkzeugen und Artikeln für  
 Buchbinder, Kartonnagen, Schreib-  
 maschinen, Typo- und Lithographie  
 ein, behufs Wiederaufnahme von Ver-  
 trägungen sich zu wenden unter Chiffre  
 J. J. 759 an Rudolf Woffe, Zürich.  
**Anzeigen**  
 finden nur Aufnahme, wenn der Beitrag  
 vorher eingeliefert ist.

Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel  
 lieben nur noch mit  
**Wiril Klebstoffen**  
 (D. R. P. a.)  
 Glänzende Begutachtungen.  
 Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegs-  
 wichtige Betriebe etc. etc.  
 Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten  
**Chemisch-technische Werke Willybald Richter**  
 Leipzig, Querstrasse 4-6, Telephon 3049.  
 Telegramm-Adresse: Wirilwerke.